

39
79

Union in Deutschland

Bonn, den 15. November 1979

Politik für die 80er Jahre

In einer programmatischen Rede vor den Vorsitzenden und Geschäftsführern der Landes-, Bezirks- und Kreisverbände der CDU Deutschlands umriß Franz Josef Strauß im Bonner Konrad-Adenauer-Haus am 7. November 1979 unter starkem Beifall die Unionspolitik für die achtziger Jahre.

Helmut Kohl hatte den Kanzlerkandidaten herzlich begrüßt und an die Partei appelliert: Das Erbe unserer Union verpflichtet uns — gerade zu Beginn dieses schwierigen Jahrzehnts der 80er Jahre — in einer ganz besonderen Weise das Menschenmögliche zu tun, damit die Wende der deutschen Politik erreicht wird. Mit unserer kämpferischen Bereitschaft, mit unserer sachlich überzeugenden Argumentation, mit unserer Bereitschaft, ein Beispiel auch gemeinsam gelebter Solidarität zu geben, müssen wir unsere Bürger so überzeugen und mitreißen, daß der Wahlsieg unserer wird.

Wir werden die Wende der deutschen Politik erreichen, sagte Franz Josef Strauß, wenn wir drei Dinge glaubwürdig und glaubhaft unseren Bürgern vermitteln. Erstens, daß wir die Probleme der 80er Jahre kennen, von Energie und Kernenergie über Rohstoffe, finanzielle Stabilität, Familie, Renten bis zu den Problemen der NATO-Verteidigung.

(Weiter auf Seite 2)

■ BUNDESTAGS-FRAKTION

Arbeitsplanung: Vier Schwerpunkte Seite 5

■ BUNDESTAG

Wichtige Initiativen der Union Seite 7

■ KOALITION

Die Existenzkrise der NRW-FDP Seite 9

■ NDR

Kiel und Hannover werden neuen Staatsvertrag schließen Seite 11

■ INLANDBEGRIFF

Einigungsformel wahrt unsere Rechte Seite 14

■ RÜSTUNGS-KONTROLLE

Zustimmung, wenn die Daten stimmen Seite 15

■ KAMBODSCHA

Wo bleiben die Demonstranten? Seite 15

■ DOKUMENTATION

Lokale Parteiarbeit: Agieren statt reagieren grüner Teil

■ CDU-EXTRA

Franz Josef Strauß: Die Unionspolitik für die 80er Jahre gelber Teil

■ INFORMATION

Lehrerstreik verstößt gegen Beamtenrecht

In den Streit zwischen der niedersächsischen CDU-Landesregierung und den zu Arbeitskämpfmaßnahmen entschlossenen Lehrern hat 24 Stunden vor dem für den 13. November vorgesehenen zweistündigen Warnstreik Kultusminister Remmers sieben Lehrer, darunter den Vorsitzenden der Lehrgewerkschaft GEW, Galas, vom Dienst suspendiert. Lehrern, die sich an den streikähnlichen Maßnahmen beteiligen, drohen ebenfalls Disziplinarverfahren.

Die sieben Beamten erhalten zwar ihre vollen Bezüge weiter, wurden aber mit einem Hausverbot für ihre Schulen belegt. Die theoretisch möglichen Disziplinarstrafen reichen von einem Verweis über eine Gehaltskürzung bis hin zur Entfernung aus dem Dienst.

Remmers betonte in einer Erklärung, jeder Lehrer, der sich entgegen dem

(Fortsetzung von Seite 1)

Zweitens, daß wir die einzige Partei sind, die ohne ideologische Ablenkung und ohne Besessenheit durch abergläubische Vorstellungen in der Lage ist, dem Bürger die Wahrheit über diese Probleme zu sagen. Und drittens, daß wir die moralische Kraft und Entschlossenheit haben, diese Probleme zu lösen, d. h. unser Land und die Menschen sicher in die und über die 80er Jahre hinwegzuführen.

Wortlautauszüge der Rede in CDU-Extra dieser Ausgabe.

geltenden Beamtenrecht an Streik oder streikähnlichen Maßnahmen beteilige, habe Disziplinarverfahren zu erwarten. Der Niedersächsische Philologenverband müsse, wenn er zu rechtswidrigen Aktionen aufrufe, ebenfalls mit Gegenmaßnahmen rechnen. Remmers hierzu weiter (im ZDF):

Wir sind der Auffassung, daß es kein Recht gibt für den Beamten zu streiken. Und die Lehrer legen Wert darauf, daß sie Beamte sind. Wir haben uns bisher redlich bemüht, alle Lehrer auch als Beamte einzustellen. Aber wenn Lehrer Beamte sind, dann müssen sie sich auch gefallen lassen, daß sie nach den rechtlichen Vorschriften behandelt werden. Ein Streik, wie er jetzt vorgesehen ist, ist nicht erlaubt und rechtswidrig.

Frage: Aber handelt es sich nicht in diesem Fall um eine Aktion gegen die Gewerkschaft?

Remmers: Nun... Ich kann ja nicht gegen irgend jemand sonst vorgehen, sondern diese Gewerkschaft, um die es hier geht, um deren Vorstand es hier geht, hat zum Streik aufgerufen und hat die entsprechenden Vorbereitungen getroffen. Ich kann nur gegen diese Gewerkschaft, das heißt, gegen diejenigen, die im Vorstand ganz speziell an der Vorbereitung dieses Streiks tätig gewesen sind, vorgehen, die kann ich belangen.

Das Hamburger Verwaltungsgericht hat zur gleichen Zeit die Auffassung des SPD-Senats der Hansestadt bestätigt und den Warnstreik der Lehrer untersagt. Das Gericht wies einen Einspruch der GEW gegen eine einstweilige Anordnung zurück, die damit rechtskräftig geworden ist. Der GEW, die den Warnstreik per Urabstimmung beschlossen hatte, wurden die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Expertengespräch mit DGB

Zu einem ihrer regelmäßigen Expertengespräche trafen am Donnerstag, den 8. November 1979, die leitenden Mitarbeiter der CDU-Bundesgeschäftsstelle mit den Vorstandssekretären und Abteilungsleitern beim DGB-Bundesausschuss im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn zusammen. Im Mittelpunkt des Gesprächs der beiden Delegationen, die vom Leitenden Vorstandssekretär des DGB, Willi Zimmermann, und vom Bundesgeschäftsführer der CDU, Ulf Fink, geführt wurden, stand die Erläuterung des Entwurfs des DGB-Grundsatzprogrammes unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung der Programmatik des DGB seit 1949. Das Gespräch soll fortgesetzt werden.

Mit oder ohne SALT II: Wir stehen zur Allianz

Zur Ratifikationsdebatte um die SALT II-Vereinbarungen in den Vereinigten Staaten von Amerika erklärt der sicherheitspolitische Sprecher der Unionsfraktion Manfred Wörner:

Wir sind der Auffassung, daß es Sache des amerikanischen Senats bleiben muß, ohne Einmischung von außen seine Entscheidung zu treffen. In jüngster Zeit allerdings werden innerhalb und außerhalb der Vereinigten Staaten in der Ratifizierungsdebatte Argumente verwandt, die so gefährlich und falsch sind, daß man dazu nicht schweigen kann. So heißt es, die NATO müsse Schaden nehmen oder gar auseinanderbrechen, wenn der SALT II-Vertrag nicht ratifiziert werde. Eine solche Behauptung ist weder logisch noch politisch haltbar.

Die Atlantische Allianz ist ein Verteidigungsbündnis zur Abwehr der Bedrohung durch den Warschauer Pakt. An

dieser Bedrohung und damit an der Notwendigkeit des Schutzes ändert das Schicksal der SALT-Vereinbarungen nichts. Gleichgültig, wie man zu den SALT-Vereinbarungen steht: Niemand in der Bundesrepublik Deutschland denkt daran, die Atlantische Allianz zu verlassen oder weniger Vertrauen in sie zu setzen, wenn SALT II im amerikanischen Senat nicht ratifiziert werden sollte. Die NATO kann und wird mit und ohne SALT II leben und ihre Aufgabe erfüllen müssen.

CDU/CSU-Politiker sprachen mit Schülerpresse

Die aktuelle Diskussion um die Gesamtschule, das Bild der Parteien bei der Jugend, die zukünftige Energieversorgung und die neuen Medien waren zentrale Themen beim Treffen von rund hundert Schülerzeitungs-Redakteuren aus dem gesamten Bundesgebiet, die auf Einladung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zwei Tage in Bonn weilten. Am ersten Tag stand Helmut Kohl drei Stunden Rede und Antwort. Auskünfte zu jugend- und bildungspolitischen Fragen gaben die CDU-MdB Gerd Langguth und Heinz-Jürgen Prangenberg. Am zweiten Tag stellten sich der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Richard von Weizsäcker, der Vorsitzende des Bundesausschusses Jugendpolitik der CDU, Hermann Kroll-Schlüter, und die Bundestagsabgeordneten Albert Probst und Matthias Wissmann der Diskussion. Organisation und Diskussionsleitung der Tagung lag bei MdB Hugo Hammans.

Sozialfonds der EG für 1980

Eine Wiederaufstockung der Mittel des Sozialfonds '80 zur Bekämpfung der Frauenarbeitslosigkeit auf die bisher

bestehende Höhe hat die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament in Straßburg gefordert. Die EVP-Fraktion wandte sich damit gegen den Vorschlag des EG-Rates, diese Mittel um die Hälfte zu kürzen.

Arbeitsmarkt am Wendepunkt

Zu dem saisonal bedingten Anstieg der Arbeitslosenzahlen im Oktober gegenüber dem Vormonat von 24 900 auf 761 700 erklärte der Vorsitzende des Arbeitskreises Sozial- und Wirtschaftspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinz Franke, zahlreiche Indizien deuteten darauf hin, daß sich die Entwicklung des Arbeitsmarktes jetzt unabhängig von diesen saisonalen Einflüssen an einem Wendepunkt befindet. Wir würden uns zukünftig wieder auf einen dauerhaft negativen Gesamttrend einzustellen haben, für den sowohl binnenwirtschaftliche als auch außenwirtschaftliche Gründe maßgebend seien.

Die jüngsten kreditpolitischen Entscheidungen der Deutschen Bundesbank und die in wenigen Wochen zu befürchtenden nochmaligen Preisanhebungen der OPEC-Länder für Erdöl werden maßgeblich dazu beitragen, daß wir selbst bei optimistischer Betrachtung höchstens ein Wirtschaftswachstum von real drei Prozent erwarten können. Die Arbeitslosenzahlen würden mit Sicherheit wieder gegen die Millionengrenze hin tendieren.

Ludwig-Erhard-Preis vergeben

Mit dem Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik sind in diesem Jahr wieder zwei Journalisten und ein Wirtschaftswissenschaftler, Herbert Götz (Frankfurter Allgemeine Zeitung), Mi-

chael Jungblut (Die Zeit) sowie Professor Ernst-Joachim Mestmäcker vom Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg ausgezeichnet worden. Der Preis war 1975 von Professor Erhard gestiftet worden, ist mit je 10 000 DM dotiert und wird für Arbeiten zu Themen der Wirtschaft, der Wirtschaftsordnung und der Wirtschaftspolitik verliehen. Die Preise werden am 1. Februar 1980 in Bonn überreicht.

Koalition und THW

Im Haushaltsausschuß hat die SPD/FDP den Antrag der CDU/CSU auf eine Erhöhung der Mittelzuweisung an das Technische Hilfswerk abgelehnt. Johannes Gerster bezeichnete dieses Verhalten der Koalition als skandalös, da es nicht einmal um Verbesserungen, sondern nur um die Aufrechterhaltung des jetzigen Volumens geht. Dem THW sollten sieben Millionen DM für die Unterkünfte der Ortsverbände, 500 000 DM für Ausrüstungsgegenstände sowie 400 000 DM für Dienstkleidung der Helfer zur Verfügung gestellt werden. Im THW werden junge Menschen freiwillig für den zivilen Katastrophenschutz ausgebildet.

Sitzverteilung im Stadtrat Leverkusen

CDU und FDP hatten bei der Kommunalwahl am 3. September nicht, wie es im UId vom 25. Oktober 1979, Seite 2, irrtümlich hieß, nur einen Sitz im Stadtrat mehr erhalten als die SPD, sondern deren vier. Die Sitzverteilung im Rat der Stadt Leverkusen lautet: CDU 26, SPD 26, FDP 4, AGL 3.

■ BUNDESTAGSFRAKTION

Arbeitsplanung: 4 Schwerpunkte

Die Personalisierung und die damit von SPD und FDP („FDP statt Strauß“) gezielt herbeigeführte Polarisierung der politischen Auseinandersetzung beinhaltet die Gefahr, daß die Sacharbeit insbesondere auch der Bundestagsfraktion in den Hintergrund gedrängt wird und öffentlich nicht ausreichend zur Geltung kommt, erklärte Helmut Kohl in der Fraktionssitzung am 13. November 1979.

Es ist deshalb wichtig, die Schwerpunkte unserer Arbeit immer wieder ins öffentliche Bewußtsein zu bringen. Im Blick auf die Bundestagswahl haben wir auf unserer ersten Fraktionssitzung nach der Sommerpause in Berlin vier inhaltliche Schwerpunkte beschlossen:

- 1. Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik**
- 2. Energiepolitik**
- 3. Familienpolitik**
- 4. Friedens- und Sicherheitspolitik**

Was ist dazu geschehen bzw. in Vorbereitung? Ich will mich auf die wesentlichsten Projekte beschränken.

1. Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik

1. Steuerpolitik

September: Gesetzentwurf zur Pauschalierung des Kinderbetreuungsfreibetrages eingebracht.

Erarbeitung der steuerpolitischen Leitlinien für die kommenden Jahre, Sonder-

sitzung der Fraktion Ende November; beauftragt: Ministerpräsident Dr. Stoltenberg, Minister Streibl, Dr. Häfele.

Im Oktober Novellierung des Steuertarifs (Abbau der heimlichen Steuererhöhungen) in Absprache mit Ländern im Bundesrat eingebracht.

2. Rentenpolitik

Erarbeitung eines rentenpolitischen Konzeptes, Diskussion am 27. November in der Fraktion.

Koordination: Generalsekretär Heiner Geißler in Zusammenarbeit mit CSU und Bundestagsfraktion.

Erste Abstimmungssitzung in der letzten Woche erfolgt.

3. Wirtschaftspolitik

6. September 1979 Bundesparteiausschuß der CDU: Verabschiedung „Wirtschaftspolitisches Programm der CDU“.

9. Oktober: Ausführliche Diskussion des Programms in einer Sondersitzung der Fraktion.

Erarbeitung konkreter Initiativen erfolgt bzw. in Vorbereitung (Gesetzentwurf Vermögenspolitik, Selbständigkeitspolitik: Antrag zur Förderung des Existenzsparens; Große Anfrage Subventionspolitik; Innovationspolitik; Wettbewerbspolitik).

4. Umweltschutz

3. Dezember 1979: 2. Lesung des Um-

weltschutzprogramms im CDU-Bundesvorstand; Kommission: Ministerpräsident Dr. Albrecht, Prof. Dr. Biedenkopf, Dr. Riesenhuber, Dr. von Weizsäcker, Prof. Dr. Zeitel.

Bundestagsfraktion bereitet Antrag zum Umweltschutz für das Frühjahr vor.

II. Energiepolitik

26. September: Erarbeitung eines energiepolitischen Konzeptes der Bundestagsfraktion gemeinsam mit CDU/CSU-geführten Ländern und erfolgreiche Durchsetzung gegenüber der Bundesregierung (29. September: Einigung der Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler).

27. November: Debatte in der Bundestagsfraktion zum Thema Energiepolitik.

29. November: Große Debatte im Bundestag (im Vorfeld des SPD-Bundesparteitages) über Antrag: Beitrag der Kernenergie zur Sicherung der Energieversorgung.

III. Familienpolitik

Große Anfrage zum Thema Bevölkerungsentwicklung eingebracht.

8. November: Große bildungspolitische Debatte im Bundestag zum Thema Gesamtschule.

13. November: Vorbereitung eines Gesetzentwurfes über die Einführung eines Familiengeldes.

27. November: Vorlage des familienpolitischen Gesamtprogramms und Diskussion in der Bundestagsfraktion.

Erarbeitung eines Programms zum Schutz des ungeborenen Lebens durch Arbeitsgruppe der Bundestagsfraktion.

Januar 1980: Große Debatte im Bundestag als Auftakt zum Wahljahr über Fa-

milienpolitik, insbesondere über 3. Familienbericht der Bundesregierung.

In Vorbereitung Große Anfrage zur Lage der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland.

IV. Friedens- und Sicherheitspolitik

Erste Auseinandersetzung anlässlich der Haushaltsdebatte im September.

15. November: Große Deutschlandpolitische Debatte im Bundestag über Menschenrechte in der DDR (zwei Große Anfragen der CDU/CSU-Fraktion).

Nächste Debatte über Sicherheitspolitik nach der NATO-Rats-Entscheidung im Dezember anlässlich der 2. und 3. Lesung des Bundestagshaushalts.

Große Anfrage zur Afrikapolitik; Debatte im Frühjahr.

Parallel dazu sind weitere wichtige Initiativen erfolgt bzw. in Vorbereitung.

- ① Große Anfrage Medienpolitik.
 - ② Antrag betr. Rauschgiftbekämpfung (Verabschiedung: 13. November 1979) und Gesetzentwurf zur Verschärfung der Strafbedingungen für Rauschgifttote.
 - ③ 3. Dezember 1979: 2. Lesung der Entbürokratisierungsprogramme im CDU-Bundesvorstand.
- Parallel dazu Arbeitsgruppe der Fraktion unter Leitung von Dr. Althammer.
- Im Januar Diskussion der Ergebnisse in der Bundestagsfraktion.
- ④ Arbeitsgruppe für Flüchtlingsprobleme im asiatischen Raum unter Vorsitz von Dr. Czaja zur Vorbereitung konkreter Initiativen: 13. November Verabschiedung des Gesetzentwurfes zur Verbesserung des Asylrechts.

■ BUNDESTAG

Wichtige Initiativen der Union

Im Deutschen Bundestag wurden in der vergangenen Woche einige wichtige Themen diskutiert, wie z. B. das Vereinsbesteuerungsgesetz, die Forderung nach bundeseinheitlichen Richtlinien für den Technischen Überwachungsdienst (TÜV) sowie der Vorschlag der Unionsfraktion, einen Deutschen Rat zur Krebsbekämpfung einzurichten. Nachfolgend unsere grundsätzliche Haltung:

Vereine steuerlich entlasten

Die CDU/CSU-Fraktion begrüßt den vom Bundesrat vorgelegten Entwurf eines Vereinsbesteuerungsgesetzes. Er liegt auf der Linie unserer jahrelangen Bemühungen, die gemeinnützigen Vereine steuerlich zu entlasten, und er deckt sich mit dem Antrag der CDU/CSU-Fraktion vom 15. März 1979.

Unzählige ehrenamtliche Mitarbeiter leisten in den Vereinen uneigennützig Dienst zum Wohl der Mitbürger und der Allgemeinheit. Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips nehmen sie der staatlichen Verwaltung viele Aufgaben ab, die sie in eigener Verantwortung besser erfüllen können.

Deshalb verdienen gemeinnützige Vereine auch öffentliche Förderung. Dazu gehören steuerliche Erleichterungen, die den Vereinen für ihre Tätigkeit Freiräume schaffen sollen. Es ist ein Unding, wenn der Staat gemeinnützige

Vereine mit der einen Hand bezuschußt und mit der anderen besteuert, stellte MdB Wolfgang Schäuble fest.

Wir begrüßen die Zielsetzung des Bundesratsentwurfs, die Besteuerung wirtschaftlicher Aktivitäten der gemeinnützigen Vereine zu erleichtern, soweit die Erträge uneingeschränkt den gemeinnützigen Vereinszwecken dienen. Allerdings nehmen wir auch die Bedenken, insbesondere aus den Reihen des gastronomischen Gewerbes, wegen etwaiger Wettbewerbsverzerrungen ernst, und wir werden deshalb gerade diesen Gesichtspunkt in den Ausschußberatungen sorgfältig prüfen. Wir suchen einen Weg, der den Vereinen hilft, ohne für andere ungerechtfertigte Benachteiligungen zu schaffen.

Ebenso begrüßen wir, daß auch kulturelle Vereine in Zukunft die Möglichkeit bekommen sollen, die gesamten Vereinskosten von den Veranstaltungseinnahmen abzusetzen.

Im Rahmen eines Vereinsbesteuerungsgesetzes muß nach Auffassung der CDU/CSU das Problem der Besteuerung von Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Übungs-, Organisations- und Jugendleiter gelöst werden. Die CDU/CSU hat einen Freibetrag von 3 600 DM jährlich hierfür beantragt. Wir sind bereit, mit den Koalitionsfraktionen eine gemeinsame Lösung zu suchen. Die im Referentenentwurf des Bundesfinanzministeriums vorgeschlagenen 1 200 DM indessen sind unzureichend.

TÜV: Union fordert bundes- einheitliche Richtlinien

Etwa 100 000 Fahrschüler und Kraftfahrer müssen sich jährlich auf Anordnung der Straßenverkehrsbehörde beim TÜV einer sogenannten medizinisch-psychologischen Untersuchung (MPU) unterziehen. Die Praxis dieses MPU-Tests weist schwerwiegende Mängel auf, die der CDU/CSU-Antrag beseitigen will.

So gehen die Straßenverkehrsbehörden immer mehr dazu über, den MPU-Test als Ersatzinstrument für ihre eigene Entscheidung einzusetzen. Die Kosten der Untersuchung hat der betroffene Kraftfahrer selbst zu tragen.

Die Untersuchungsverfahren, die den Kraftfahrer beim MPU-Test erwarten, sind von TÜV zu TÜV unterschiedlich und haben eher den Charakter eines Lotteriespiels. Der CDU/CSU-Antrag fordert bundeseinheitliche Richtlinien und Testmethoden. Dabei soll es auch möglich sein, den medizinischen und psychologischen Test zu trennen, wenn beispielsweise zur Beurteilung der Fahrtauglichkeit eine medizinische Untersuchung oder gar das Gutachten eines Arztes ganz offenkundig ausreichen würde.

Für ein ganz besonderes Ärgernis hält die CDU/CSU die von den meisten TÜVs beim MPU-Test verwendeten Fragebögen, die teilweise geradezu skandalös in die Intimsphäre des Betroffenen eindringen. Die Abschaffung dieser Fragebögen ist auch deshalb vordringlich, weil es bis heute keine Vorschriften oder Regelungen gibt, die sicherstellen, daß angesichts solcher Fragestellungen die Persönlichkeitsrechte des Bürgers beim TÜV selbst oder bei der Weitergabe der Ergebnisse an die Straßenverkehrsbehörde zu wahren sind.

Krebsbekämpfung: Für Sachverständigenrat

Am 11. Juni 1976 hat der Deutsche Bundestag die Große Anfrage zur Krebsforschung diskutiert. Diese Debatte hatte zwei wichtige Beschlüsse erbracht:

— die Vorlage eines nationalen Krebsberichts durch die Bundesregierung bis zum 31. Dezember 1978 sowie

— die Errichtung einer institutionalisierten Kooperationsebene für Krebsforschung und Krebsbekämpfung.

Die Bundesregierung war nicht imstande:

— termingerecht bis Ende 1978 den nationalen Krebsbericht vorzulegen,

— die institutionalisierte Kooperations-ebene von Bund, Ländern und den einschlägigen Institutionen zu errichten,

— in nunmehr drei Jahren dem Auftrag des Deutschen Bundestages über alle Fraktionen hinweg zu folgen.

Das ist ein schlechter Umgang mit dem Deutschen Bundestag, das ist aber vor allem ein schlechter Umgang mit einem bitteren Problem, erklärte MdB Heinz Riesenhuber.

Wir wissen alle, daß Krebsforschung zu den schwierigsten Bereichen medizinischer Forschung gehört. Trotz großer Anstrengung sind die Häufigkeits- und Todesraten nicht gesunken.

Die Union hat vorgeschlagen, den Deutschen Rat zur Krebsbekämpfung, einen Sachverständigenrat auf hohem Niveau, einzurichten. Wir haben in unserem Antrag dargestellt, wie er aufgebaut werden soll. Wir haben begründet, wo wir die Funktion dieses Rates sehen. Das Unheil Krebs ist eine der schlimmsten Bedrohungen unseres Lebens.

■ KOALITION

Die Existenzkrise der NRW-FDP

Die Vorgänge der letzten Woche in der nordrhein-westfälischen FDP dokumentieren mit aller Deutlichkeit, wie es um die zur reinen Mehrheitsbeschaffer-Partei degenerierten früheren „Liberalen“ bestellt ist.

Ein vergleichsweise harmloser Vorfall — FDP-Landesvorsitzender Horst-Ludwig Riemer plauderte bei einem Bierabend mit Journalisten einige Personal-Interna aus — führte zu einer in der deutschen Parteiengeschichte beispiellosen „Hinrichtung“ (FAZ) eines stellvertretenden Ministerpräsidenten. In „Politbüro-Manier“ (Heinrich Köppler) servierte das oberste Gremium der NRW-FDP, von der Bonner FDP-Spitze domestiziert, seinen Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 1980 ab . . .

Oppositionsführer Heinrich Köppler fand breite Zustimmung, als er konstatierte, daß das Düsseldorfer Tollhaus-Stück „keine Krise einer Person, sondern eine Identitätskrise der FDP“ signalisiere: Es gebe im Grunde auch keine rationale Begründung. Klar sei nur: „Die FDP ist grün vor Angst.“

Das neue Spitzen-Trio der „Liberalen“ in Düsseldorf vermag selbst die wenigen verbliebenen enthusiastischen Koalitionsanhänger kaum zu überzeugen. Der designierte Landesvorsitzende Burkhard Hirsch, dem nun zwar die Parteiführung übergeben wird, dem man aber nicht zutraut, als Spitzenkandidat wählerwirksam zu arbeiten, galt

und gilt in den Kabinetten Kühn und Riemer seit seinem Dienstantritt im Mai 1975 als „Trouble-Shooter“ der Sonderklasse. Die Liste der Hirschen-Peinlichkeiten begann mit öffentlicher Journalistenbeschimpfung während der kommunalen Neuordnung, setzte sich beim Volksbegehren, das ihm den Namen „Behinderungs-Minister“ eintrug, fort und kulminierte in jenem denkwürdigen Vorgang, als Hirsch 1978 harmlose Genehmigungsakten für ein Kernkraftwerk zu einem „Sicherheitsskandal“ hochstilisieren wollte.

Frau Liselotte Funcke, der niemand die persönliche Integrität abspricht, wird in Düsseldorf als Wirtschaftsministerin mit einer Materie konfrontiert werden, die sie von ihrem bisherigen sachpolitischen Werdegang nur schwerlich wird meistern können. Wie sie, die bisher lediglich als „Expertin für einige wenige Teilaspekte der Steuerpolitik“ (Köppler) hervortrat, die schweren Strukturprobleme des größten Bundeslandes — insbesondere an der Ruhr — bewältigen will, wird wohl stets das Geheimnis des Bonner-FDP-Krisenzirkels bleiben . . .

Der Dritte im neuen Führungsbunde, der frühere Referent beim linksradikalen „Verband Deutscher Studentenschaften“ Wolfgang Heinz als neuer Fraktionsvorsitzender, ist in der eigenen Partei weithin unbekannt. Schlagzeilen machte er während seiner Landtagsjahre nur einmal — als es ihm im Vorjahr in seinem eigenen Kölner Bezirk gegen einen ebenso namenlosen Mitbewerber nicht einmal gelang, das Amt des Vorsitzenden zu ergattern. Heinz erfüllt statt dessen eine andere „wichtige“ Voraussetzung: Er ist wie Hirsch ein bedingungsloser Anhänger der Macht-Ehe mit der SPD.

Koalition errichtet Hürden gegen Kinderbetreuungsbetrag

Die Bundesregierung will auf dem Verordnungsweg erreichen, daß der zum 1. Januar 1980 gesetzlich vorgesehene Kinderbetreuungsbetrag mit jährlich 1 200 DM pro Kind und Elternpaar nur unter möglichst erschwerten Umständen genutzt werden kann. Jede Ausgabe soll mit Belegen nachgewiesen oder zumindest glaubhaft gemacht werden. Außerdem sollen nur wenige Betreuungskosten anerkannt werden. Kosten für die Aus- und Fortbildung (z. B. Sprachkurse, Sport- und Musikunterricht usw.) werden nicht begünstigt.

Hierzu erklärte der finanzpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Abgeordneter Hansjörg Häfele: In selbstherrlicher Weise hat die Regierung alle Verbesserungsvorschläge der Unionsländer vom Tisch gefegt. Spätestens seit dem Kabinettsbeschluß zum Kinderbetreuungsbetrag weiß nunmehr jeder Steuerzahler, was er von den Lippenbekenntnissen der Bundesregierung zur Vereinfachung und gegen Bürokratisierung zu halten hat.

Wie Kraut und Rüben . . .

Vier Wochen vor den geplanten NATO-Beschlüssen zur Modernisierung der westlichen Nuklearwaffen gehen die Auffassungen darüber in der Bonner Koalition immer noch wie Kraut und Rüben durcheinander. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Willi Weiskirch, erklärte hierzu:

Während Kanzler Schmidt und Genscher die vorgesehene Nachrüstung als Abwehr gegen die wachsende Waffenüberlegenheit des Warschauer Paktes

für zwingend geboten halten, setzt der SPD-Vorsitzende Brandt ein kräftiges Fragezeichen dahinter: „Die NATO muß prüfen . . . , ob wirklich etwas nachzurüsten ist.“ Der SPD-Vorsitzende setzt also fort, was der starke linke Flügel seiner Partei seit langem systematisch betreibt: die psychologische Unterminderung einer Politik, mit der die Abschreckungskraft der Allianz wieder glaubwürdig und der Friede sicherer gemacht werden soll.

Gegen eigene Fraktion

SPD-Oberbürgermeister Andreas Urschlechter wird im Nürnberger Stadtrat erstmals mit CSU und FDP gegen die eigene Fraktion stimmen. Der Rathauschef kündigte an, gegen den Willen der SPD-Fraktion für eine Senkung der Gewerbesteuer zu votieren. Seine Stimme gibt den Ausschlag, da es zu einer Pattsituation gekommen war. Nürnberg verlöre dadurch jährlich 20 Millionen Mark. Der Stadtrat in München dagegen weigert sich, trotz Drängens von Franz Josef Strauß, den Hebesatz zu senken.

Nicht mehr widerspruchslos hinnehmen

Mit aller Entschiedenheit müsse sich die FDP gegen einen modischen Linkstrend in den eigenen Reihen wehren. Das Bild der Liberalen dürfe nicht bestimmt werden durch eine lautstarke und zutiefst illiberale Minderheit. Dazu rief der Vorsitzende der Liberalen Gesellschaft, der frühere Berliner Justizsenator Oxfort, in Bonn auf. In zahlreichen Sachfragen der Innen- und Außenpolitik befinde sich die Koalition auf einem gefährlichen Weg. „Wir können dies alles nicht mehr widerspruchslos hinnehmen“, betonte Hermann Oxfort vor Bonner FDP-Mitgliedern.

■ NORDDEUTSCHER RUNDFUNK

Kiel und Hannover werden neuen Staatsvertrag schließen

Die CDU bedauert das Scheitern der Verhandlungen über eine zeit- und aufgabengemäße Neugestaltung des NDR-Staatsvertrages. Dies gilt um so mehr, als sich noch im Sommer ein tragfähiger Kompromiß abgezeichnet hatte, der dann vom Hamburger Bürgermeister Klose einseitig verworfen wurde.

Das Scheitern dieser Verhandlungen macht eine Neuordnung der Medienlandschaft erforderlich. Dies muß keineswegs dazu führen, daß die ARD und damit das Gemeinschaftsprogramm der Rundfunkanstalten der Länder aufgegeben werden muß. Im Gegenteil, die Programmstruktur kann durch eine solche Zäsur nur besser werden, da jetzt alle Betroffenen zum Nachdenken aufgefordert sind.

In Bonn erklärte Helmut Kohl: Es ist nicht Sache der Rundfunkanstalten, über ihre Organisationsstruktur selbst zu befinden, dies bleibt Aufgabe der politisch legitimierten Gremien des Bundes und der Länder. Die CDU wird jedoch alles tun, die Arbeitsplätze der festen und freien Mitarbeiter des NDR zu sichern und die Rundfunkversorgung zu gewährleisten. Gleichzeitig gilt es, das Informationsangebot auszuweiten. Die Behauptung der SPD, daß dies nur möglich ist durch das Monopol des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems, ist mehr als kurzsichtig.

Auf einer Pressekonferenz in Kiel erklärte Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg am Donnerstag, den 8. November 1979, u. a. folgendes:

Wir bedauern das Scheitern der Verhandlungen über einen neuen Staatsvertrag für den NDR. Nach den ersten drei Gesprächen vor der Sommerpause haben die Regierungschefs am 6. Juli einvernehmlich erklärt, sie rechneten damit, daß im Herbst ein neuer Staatsvertrag unterzeichnet werden könne. In ihren Gesprächen waren auf dem Hintergrund der bekannten medienpolitischen Gegensätze konkrete Lösungen erarbeitet, die eine tragfähige Grundlage für eine abschließende Neuregelung bilden konnten.

Der Hamburger Senat sah sich in den Verhandlungen der letzten Tage jedoch nicht in der Lage, diesem Konzept zuzustimmen. In den Mittelpunkt der neu entbrannten Kontroverse rückte überraschend der Plan einer regionalen niedersächsischen Rundfunkanstalt mit genau beschriebenen und begrenzten Zuständigkeiten. Diese Forderung Niedersachsens hatte der Hamburger Senat als wesentliches Element eines Kompromisses am 3. Juli 1979 ausdrücklich akzeptiert. In Ziffer 6 seines damaligen Beschlusses hieß es: „Im neuen Staatsvertrag ist vorzusehen, daß die innere Struktur von Regionalanstalten der Struktur des NDR weitgehend entspricht.“

Schleswig-Holstein hat versucht, den neuentstandenen Konflikt am 6. November durch einen Vermittlungsvorschlag zu überbrücken, der Hamburg weit entgegenkam, denn hier wurde die langfristige institutionelle Verbindung der niedersächsischen Anstalt mit dem NDR, eine umfassende Gemeinsamkeit im Programm und damit eine weitgehende Einschränkung der Aufgaben der niedersächsischen Anstalt angeboten.

Außerdem haben wir die Bereitschaft ausgesprochen, auf die zunächst vorgesehene Kündigungsmöglichkeit einer weiteren Rundfunkwelle zugunsten Niedersachsens zu verzichten, wenn in den anderen Punkten Einvernehmen erzielt werden sollte. Dieser letzte Verständigungsvorschlag hätte eine langfristige Sicherung des NDR in seinem neuen weitumfassenden Aufgabenbereich bewirkt.

Die überraschende Veränderung der Hamburger Position und die Ablehnung des letzten Vermittlungsvorschlages ist nach meiner Einschätzung auf die politischen Einwirkungen der SPD Norddeutschlands zurückzuführen. Dies wird durch die Tatsache unterstrichen, daß der Hamburger Senat in letzter Zeit in ungewöhnlicher Weise von sozialdemokratischen Politikern kritisiert wird. Dazu trugen die medienpolitischen Differenzen ebenso bei wie die heftigen Auseinandersetzungen in Verbindung mit anderen Affären.

So hat der SPD-Landtagsabgeordnete Börsen bereits am 20. September im schleswig-holsteinischen Landtag den von allen drei Regierungschefs vor der Sommerpause vertretenen Kompromiß unter dem Beifall seiner Fraktion heftig angegriffen und dabei das zwischen den Regierungschefs in Aussicht genommene Wahlverfahren für den Ver-

waltungsrat als „verfassungswidrig“ bezeichnet.

In die gleiche Richtung zielen die über-raschenden Attacken des Hamburger Fraktionsvorsitzenden Hartmann auf Bürgermeister Klose in einem Interview der „Bild-Zeitung“ vom 5. November 1979, also dem Tag des Beginns der letzten entscheidenden Verhandlungsrunde. Hartmann erklärte hier unter anderem: „Kloses Fehler war es, daß er alles allein machen wollte. Anstatt mit seinem Staatsrat als Beistand ist er den beiden Ministerpräsidenten einer Partei — der CDU — allein, also unter sechs Augen gegenübergetreten. Erst in Tremsbüttel, dann in Bonn. Das mußte ja zu Mißdeutungen Anlaß geben.“

Diese beiden Vorgänge zeigen deutlich, daß es namhaften Politikern der SPD darum ging, die Verhandlungsmöglichkeiten ihres Parteifreundes Klose empfindlich einzuschränken und seine Autorität zu erschüttern. Ich will nicht unerwähnt lassen, daß Hartmanns Beschuldigungen auch sachlich falsch sind. Sowohl in Tremsbüttel wie in Bonn sind nach informellen Vorgesprächen der drei Regierungschefs die eigentlichen Verhandlungen in Gegenwart der Staatssekretäre und der Abteilungsleiter geführt worden.

Wir müssen heute vom Scheitern der Staatsvertragsverhandlungen über einen neuen Dreiländervertrag ausgehen. Unsere Rechtsposition in dem vor kurzem von Hamburg angestrebten Prozeß ist eindeutig. Es handelt sich bei der Kündigung zweifellos nach den klaren Bestimmungen des Staatsvertrages und der Rechtsprechung der höchsten Gerichte um eine Auflösungskündigung und dies ist übrigens vom Sommer 1976 bis zum Frühsommer 1979 auch die Ansicht des Hamburger Senats in allen

veröffentlichten Stellungnahmen gewesen.

Deshalb müssen die erforderlichen Schritte für die Rechtsgrundlagen der künftigen Rundfunkanstalt in Norddeutschland eingeleitet werden. Wir werden, um die Verantwortlichkeiten ganz klarzustellen, Hamburg und Niedersachsen noch einmal formell die Leitsätze für einen neuen Staatsvertrag der drei Länder auf der Grundlage der Gespräche der drei Regierungschefs und der Einbeziehung unseres letzten Vermittlungsvorschlages zur abschließenden Stellungnahme übersenden. Aber es ist unwahrscheinlich, daß der Hamburger Senat angesichts der öffentlichen Stellungnahmen der SPD zustimmen kann.

Deshalb werden wir unverzüglich die Gespräche mit Niedersachsen über einen neuen Staatsvertrag beider Länder aufnehmen. Dabei ist eine dezentrale, föderative Lösung erforderlich, die den Belangen und der regionalen Eigenart beider Länder gerecht wird. Wir sind bereit, auf dieser Grundlage mit Niedersachsen auch die Rechtsnachfolge des NDR zu übernehmen und einen Hamburger Stadtsender vertraglich auszugliedern. Dies würde insbesondere den Belangen der Mitarbeiter des NDR am besten entsprechen und die Kontinuität der Rundfunkversorgung am wirksamsten gewährleisten.

Eine vertragliche Zusammenarbeit mit dem neuen Hamburger Sender sollte die gemeinsame überregionale Berichterstattung in Norddeutschland, die gemeinsame Trägerschaft einiger hervorragender kultureller Institutionen und die Nutzung technischer Einrichtungen ermöglichen. Um dies zu erreichen, ist es allerdings erforderlich, daß Hamburg möglichst bereit ist, derartige Regelungen und in Verbindung damit auch

einen befristeten Überleitungsvertrag abgeschlossen zu erörtern.

NDR und Rundfunkanstalt Niedersachsen

Vorzusehen ist eine langfristige (mindestens 10- bis 15jährige), institutionelle Verbindung des NDR und der Rundfunkanstalt Niedersachsen, die die Zusammenarbeit im Bereich des regionalen Programms im 1. Fernsehprogramm (regionale Fenster) und des 3. Fernsehprogramms — unter Beachtung der Verantwortung der NDR-Funkhäuser Kiel und Hamburg für ihre eigenen Regionalprogramme — sichert.

Diese Verbindung umfaßt u. a.

- ① die Verpflichtung, über eine gemeinsame Tochtergesellschaft (NWF) die Fernsehwerbung für den gesamten Sendebereich durchzuführen,
- ② die Verpflichtung, das allgemeine Rahmenprogramm im „regionalen Fenster“, das die regionalen Informationssendungen ergänzt, gemeinsam zu gestalten und auszustrahlen,
- ③ die Verpflichtung, in den regionalen Informationssendungen des 1. Fernsehprogramms sowie im 3. Fernsehprogramm (in der Zeit von 20.15 bis 22.00 Uhr) Gemeinschaftssendungen für den gesamten norddeutschen Raum durchzuführen.

Mit einer solchen Festlegung im Staatsvertrag bzw. in ergänzenden Vereinbarungen der drei Länder wird klargestellt, daß

- ① der neue Aufgabenbereich des NDR langfristig gesichert ist,
- ② die Gründung einer Rundfunkanstalt Niedersachsen nicht zu einer Gefährdung der Gemeinschaftsprogramme für den norddeutschen Raum führt und
- ③ verbesserte Grundlagen für die Regelung der Gebührenanteile erreicht werden können.

■ INLANDBEGRIFF

Einigungsformel wahrt unsere Rechte

Bundestag und Bundesrat haben nach einem dritten Vermittlungsverfahren nunmehr eine Einigkeit in dem umstrittenen Inlandbegriff im neuen Umsatzsteuerrecht erzielt und das Gesetz nunmehr verabschiedet. Der beschlossene Text hat folgenden Wortlaut:

„Unter Erhebungsgebiet im Sinne dieses Gesetzes ist der Geltungsbereich des Gesetzes mit Ausnahme der Zollausschlüsse und der Zollfreigebiete zu verstehen. Außengebiet im Sinne dieses Gesetzes ist das Gebiet, das weder zum Erhebungsgebiet noch zum Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und von Berlin (Ost) gehört.“

Zu der Einigungsformel gibt der bayerische Finanzminister Max Streibl folgende Erläuterung:

1. Mit der Neufassung des § 1 Abs. 2 UStG ist die Begriffssprache dieses Gesetzes für seine steuerrechtlichen Zwecke auf steuertechnische Begriffe umgestellt worden. Diese Änderung erfolgte aus steuertechnischen Erwägungen. Die Ostverträge enthalten keine Verpflichtungen zu innerstaatlichen Rechtsänderungen der Bundesrepublik Deutschland.

2. Diese Gesetzesänderung berührt nicht den staats- und völkerrechtlichen Deutschlandbegriff. Sie bedeutet in keiner Weise eine Änderung

— des Rechtsstandpunktes der Bundesrepublik Deutschland in bezug auf

die rechtliche Fortexistenz des Deutschen Reiches,

— in bezug auf den völkerrechtlichen Friedensvertragsvorbehalt,

— in bezug auf den sich daraus ergebenden Rechtsvorbehalt hinsichtlich der endgültigen Regelung der Grenzen Deutschlands.

3. Dies bedeutet insbesondere: Die Gesetzesänderung berührt nicht die Gebiets- und personalrechtliche Lage Deutschlands und der Deutschen. Die Gebiete östlich von Oder und Neiße sind aus der rechtlichen Zugehörigkeit zu Deutschland nicht entlassen und fremder Souveränität nicht endgültig unterstellt. Mitteldeutschland ist für die Bundesrepublik Deutschland nicht Ausland. Deutschland besteht rechtlich in seinen völkerrechtlich noch gültigen Grenzen fort.

In den Ostverträgen wird die deutsche Frage offengehalten. In ihnen ist die volle Weitergeltung des Deutschlandvertrages anerkannt und sind der Friedensvertragsvorbehalt und die Rechte und Verantwortlichkeiten der Alliierten für Deutschland als Ganzes und Berlin bestätigt.

Der Deutschlandvertrag verbietet ohne frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung eine endgültige Grenzregelung für Deutschland. Das Grundgesetz verpflichtet alle Verfassungsorgane, die nationale und staatliche Einheit Deutschlands zu wahren und die Einheit in Freiheit zu vollenden. Ein gerechter Ausgleich in der deutschen Frage setzt die freie Selbstbestimmung des ganzen deutschen Volkes voraus.

■ ABRÜSTUNG

Im Grundsatz dafür — wenn Daten stimmen

Über den neuen deutschen MBFR-Vorschlag für ein Zwischenabkommen in Wien hat die Bundesregierung vor seiner Einbringung auch die Opposition unterrichtet, stellt MdB Alois Mertes, Sprecher der Bundestagsfraktion für Abrüstung und Rüstungskontrolle, fest.

Diese Initiative zur Überwindung des toten Punktes bei den Wiener Truppenabbau-Verhandlungen trägt den Forderungen der CDU/CSU Rechnung, — keine Reduzierungen ohne Einigung über die Daten, die vermindert werden sollen,

- Beibehaltung des Ziels echter Parität,
- kein östliches Mitspracherecht über den Umfang der Bundeswehr durch Verwässerung des Prinzips der Kollektivität, das — außer bei den Amerikanern und den Sowjets — die Vereinbarung nationaler Höchststärken ausschließt.
- Gegen eine Vorwegnahme des Abzugs sowjetischer und amerikanischer Soldaten aus dem Reduzierungsraum ist dann nichts einzuwenden, wenn dem eine Einigung über die sowjetischen und amerikanischen Gesamtdaten vorausgeht. Mit diesem Vorschlag erfährt von bis zu 20 000 sowjetischen Soldaten und 1 000 Panzern eine konstruktive Antwort, ohne die Rahmenbedingungen eines MBFR-Gesamtabkommens zu durchbrechen und ohne die Sicherheit des Westens zu mindern.

■ KAMBODSCHA

Wo bleiben die Demonstranten?

Die Zahlen der vom Hungertod bedrohten Menschen in Kambodscha schwanken zwischen einer und drei Millionen. Was sich hier abspielt, ist in der jüngeren Geschichte nur noch mit der organisierten Vernichtung von sechs Millionen Juden durch die Nationalsozialisten zu vergleichen, erklärte Helmut Kohl.

Nach den Massenmorden der Roten Khmer, denen zwischen 1975 und 1978 zwei bis drei Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind, droht nun die völlige Ausrottung eines alten Kulturvolkes.

Besondere Verantwortung kommt der Sowjetunion zu, deren Hilfe an Hanoi erst die fortwährende Aggression Vietnams im Nachbarland ermöglicht. Die gleichen Kommunisten, die nicht müde werden, sich selber als anti-imperialistische Befreier zu preisen, nehmen den Tod von Millionen Menschen in Kauf, um ihre Machtpolitik durchzusetzen.

Ich frage mich, wo angesichts dieser Tragödie die Proteste jener bleiben, die sonst jede Menschenrechtsverletzung in Afrika oder Südamerika zum Anlaß von Demonstrationen nehmen. Ich frage mich, warum sie angesichts des Elends in Kambodscha so beflissen und verätherisch schweigen.

Die CDU ruft die Regierung auf, gemeinsam mit den im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien und unseren Verbündeten ein Hilfsprogramm für Kambodscha zu beschließen.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

■ ZITATE

FDP in Nöten

Die FDP exekutierte ihren ersten Mann in Nordrhein-Westfalen binnen einer knappen Stunde, ohne Rede und Widerrede, ohne daß er sich hätte verteidigen können oder auch nur am Krankenbett angehört worden wäre. Riemer war noch nicht „guillotiniert“, da waren die Neuen schon ausgerufen, die die Macht der Regierung Rau bei der Landtagswahl im Mai sichern sollen, damit die der Regierung Schmidt ein halbes Jahr später in Bonn nicht wanke.

So steht es um die nordrhein-westfälische FDP: Wählerschwund, Mitglieberschwund, personelle Auszehrung, dazu ein Wahlprogrammwurf, der mit Ausnahme des Energiekapitels über weite Strecken aus der Feder der CDU-Politiker Köppler und Biedenkopf stammen könnte.

Frankfurter Allgemeine Zeitung
12. November 1979

Jetzt droht dem kleineren Bonner Koalitionspartner durch die Entmachtung des nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden Horst-Ludwig Riemer ein neuer Gesichtverlust. Die FDP in der Bundeshauptstadt wird durch den Weggang ihrer Steuer- und Finanzexpertin Liselotte Funcke sehr geschwächt. Parteichef Hans-Dietrich Genscher gerät in regelrechte Personalnot, die kurz vor zwei wichtigen Wahlen in NRW und im Bund gefährlich werden kann.

Das finanzpolitische Vermögen der seit 1961 in Bonn arbeitenden Frau Funcke ist nicht so groß, daß dagegen alle Nachfolger der Hagener Fabrikantentochter total verblassen müßten. Aber Frau Funcke erledigte in der Bundestagsfraktion die wichtigste Aufgabe der FDP seit 1969 überhaupt: die SPD bei den finanzpolitischen Entscheidungen zu „bremsen“ und auch in der eigenen Partei gesellschaftsverändernde Bestrebungen abzublocken.

Kölnische Rundschau, 12. November 1979

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Tel. (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Unions Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Tel. (0 22 21) 22 10 81. **Vertrieb:** Tel. (0 22 21) 5 44 - 3 00. **Verlagsleitung:** Peter Mültenbach. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis** jährlich 40,- DM. **Einzelpreis** 1,- DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD